

# SP-Spitze drängt auf AHV-Initiative

Frauen-Rentenalter 62 soll mit Volksinitiative statt mit Referendum verteidigt werden

Die SPS-Geschäftsleitung unter der Führung von Parteipräsident Peter Bodenmann will die 10. AHV-Revision nicht mit einem Referendum bekämpfen. Die Vorteile der Revision scheinen ihr zu bedeutend. Statt dessen soll das Rentenalter 62 für Frauen mit einer Initiative in der Verfassung verankert werden. Auch Gewerkschaften erwärmen sich langsam für die Idee.

■ VON URS BUESS, BERN

Bereits am SPS-Parteitag vom 18. Juni stellte Bundesrätin Ruth Dreifuss fest, die Partei sei bei der 10. AHV-Revision in eine Falle geraten: Den Verbesserungen (Splitting, Betreuungsvorschriften) stünden als Verschlechterung die Erhöhung des Frauen-Rentenalters auf 64 Jahre gegenüber. Mit einem Referendum gegen die Vorlage würden auch die Vorzüge der Revision gefährdet.

Die Sozialdemokraten wollen sich aber mit der Revision in der heutigen Form nicht abfinden, obwohl die nationalrätliche AHV-Kommission unterdessen einen Kompromiss ausgearbeitet hat, der die Erhöhung des Rentenalters für erwerbstätige Frauen hinauszögert. Die Parteispitze um Präsident Bodenmann hat nun eine Lösung ausgeheckt, die aus der Falle führen soll: Auf das Referendum wird verzichtet, die 10. AHV-Revision also nicht bekämpft. Statt dessen soll möglichst rasch eine Initiative gestartet werden, die das Rentenalter für Frauen in der Verfassung auf 62 Jahre festlegt. Dadurch bleiben die Vorteile der 10. AHV-Revision, die vom Parlament wahrscheinlich in der Herbstsession verabschiedet wird, erhalten.

Am 2. September werde die SP-Geschäftsleitung über das Vorgehen diskutieren und möglicherweise bereits einen Entscheid fällen, erklärt Peter Bodenmann. Er habe in diesem Gremium deutliche Sympathien für dieses Vorgehen festgestellt. Wichtig sei, dass die Unterschriften möglichst schnell gesammelt würden, damit bald über die Initiative abgestimmt werden könne. Bis zum Entscheid seien Hunderttausende von Frauen verunsichert, wenn einerseits die 10. AHV-Revision mit vorgesehenem Rentenalter 64 und andererseits die Initiative für das Rentenalter 62 im Raum stünden.

## Wachsende Sympathien bei Gewerkschaften

Für Bodenmann ist klar, dass die SP nicht gleichzeitig ein Referendum gegen die Revision und eine Initiative unterstützen könnte. Deshalb hat er in den vergange-

nen Tagen intensive Gespräche mit Gewerkschaftsvertretern geführt, die bisher eher zu einem Referendum neigten.

Der designierte Co-Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SBG), Vasco Pedrina, sagte auf Anfrage, bei der Basis habe die Diskussion über Referendum und Initiative eben erst begonnen. Er persönlich verschliesse sich der Idee einer Initiative nicht. Noch unklar ist die Haltung von SP-Nationalrätin Christiane Brunner, ebenfalls designierte Co-Präsidentin des SGB. Sie will noch vertiefte Analysen über Auswirkungen der Revision und die Chancen einer Initiative abwarten, hält aber fest, dass auch sie der Initiative «durchaus offen» gegenüberstehe. Welchen Weg der Gewerkschaftsbund wählen soll, werde erst am 5. September diskutiert. Bereits am 3. September wird die PdA entscheiden, ob sie das angekündigte Referendum ergreifen will.

Dass die geplante Initiative bei den Gewerkschaften auf wachsende Sympathien stösst, wertet SP-Nationalrätin Ursula Hafner, Mitglied der Vorberatenden Kommission, als hoffnungsvolles Zeichen. Für sie ist wichtig, dass die Linke in dieser Frage einen gemeinsamen Weg findet und sich nicht spaltet.

Allerdings: Auch in der SP sind noch nicht alle Skeptiker überzeugt. Nationalrat Paul Rechsteiner etwa hält ein Referendum für sinnvoller. Denn sollte die 10. AHV-Revision einmal in Kraft sein, so würde es enorm schwierig, das Rentenalter für Frauen in einer späteren Abstimmung wieder herunterzusetzen. Dafür biete ein Referendum eindeutig bessere Chancen. «Auch die spektakuläre Lancierung der F/A-18-Initiative konnte nicht verhindern, dass das Volksbegehren ein Jahr später sang- und klanglos untergegangen ist», stellt er fest. Rechsteiner meint, nach einer Ablehnung der Vorlage könnten die positiven Teile der 10. AHV-Revision nächstes Jahr mit parlamentarischen Vorstössen wieder eingeführt werden. Im weiteren kritisiert er, dass die nun vorgesehene Initiative hinter ein bereits eingereichtes Volksbegehren von SP und

SGB zurückgehe, das ein flexibles Rentenalter verlangt.

Wenig begeistert von einer Initiative ist auch CVP-Nationalrat Hugo Fasel, Präsident des Christlich-nationalen Gewerkschaftsbundes. Er hält sie nur für ein taktisches Manöver der SP, die sich mit ihrer Reaktion auf den Kompromiss der nationalrätlichen AHV-Kommission bei der Parteibasis ins Abseits manövriert habe. Mit der geplanten Initiative akzeptiere sie letztlich die Erhöhung des Rentenalters und schaffe sich die Möglichkeit, vor den Wahlen im kommenden Jahr mit populistischer Schaumschlägerei ihre Niederlage zu kaschieren.